

B3

Titel Wirtschaft demokratisieren – Betriebsräte stärken!

AntragstellerInnen Berlin

Zur Weiterleitung an

Wirtschaft demokratisieren – Betriebsräte stärken!

- 1 Die Gewerkschaften und die SPD haben ihre gemeinsamen Wurzeln im 19. Jahrhundert. Dabei haben es sich
2 die Gewerkschaften zur Aufgabe gemacht, innerbetrieblich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und
3 eine Erhöhung der Löhne zu kämpfen. Die SPD kämpft ursprünglich außerbetrieblich für eine Verbesserung
4 der gesellschaftlichen Verhältnisse.
- 5 Die SPD hat sich mit ihrem neoliberalen Weg weit entfernt von dem Klientel, welches einmal Gewerkschaf-
6 ter*innen und Sozialdemokrat*innen in einer Person verband.
- 7 Beide Seiten haben nicht ganz unabhängige Bestands- und Akzeptanzprobleme in der Gesellschaft. Die SPD
8 hat zusätzlich dazu mit erheblichen Wähler*innenverlusten zu kämpfen. Die Gewerkschaften hingegen müs-
9 sen unter immer schwierigeren Rahmenbedingungen des postindustriellen Kapitalismus Tarifpolitik betreiben
10 und versuchen, die Position der Arbeitnehmer*innen zu stärken. Mit dem wachsenden Dienstleistungssektor
11 hat sich auch die Mitgliederstruktur der Gewerkschaften gewandelt.
- 12 Ein konkretes Gut, das unter anderem aus der historischen Beziehung zwischen Gewerkschaften und SPD
13 hervorgeht, ist die betriebliche Mitbestimmung. Sie existiert in ihren Vorläufern bereits seit Ende des 19. Jahr-
14 hunderts. Sie begann als Form von „Arbeiterausschüssen“, die ein Anhörungsrecht in sozialen Fragen hatten.
15 Dieser erste Meilenstein entwickelte sich in den kommenden Jahrzehnten zu immer mehr Mitspracherecht. Je-
16 doch nicht aus Wohlwollen, sondern als die notwendige Konsequenz von blutigen Auseinandersetzungen. Die
17 Gewerkschaften sahen eine Betriebsratpflicht in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten vor. Dieser Entwurf blieb jedoch
18 weit hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurück. Nachdem zur Zeit des Nationalsozialismus jegliche
19 Form von Mitbestimmung zerschlagen wurde, konnten die Arbeiter*innen 1951 einen riesigen Erfolg feiern.
20 Das bis heute geltende „Montan-Mitbestimmungsgesetz“ für Kohle- und Stahlunternehmen trat in Kraft. Es be-
21 sagt, dass in den betroffenen Unternehmen vollparitätisch besetzte Aufsichtsräte ohne Doppelstimmrecht
22 gebildet werden müssen. Bis heute sind die Arbeiter*innen der Montanindustrie, vertreten durch ihre Ge-
23 werkschaften IG Metall und IG BCE, die mit dem höchsten Organisationsgrad innerhalb einer Branche. Die
24 Vorteile einer gut funktionierenden Mitbestimmung und einem hohen Organisationsgrad, kann man in den
25 kontinuierlichen, wenn auch teilweise kleinen, Erfolgen in dieser Industrie beobachten.